

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, and die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telegraph Nr. 222.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., ausserordentliche Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Sonnabend, den 12. Mai 1917.

24. Jahrg.

## Ein Friedensvorschlag der deutschen Sozialdemokratie.

Der leitende Redakteur des Stockholmer „Sozialdemokraten“, Abg. Bjorgbjerg, ist schließlich trotz aller Hindernisse, welche die Engländer seiner Reise in den Weg gelegt haben, nach Petersburg gelangt und hat den russischen Sozialdemokraten in einer Sitzung des Arbeiter- und Soldaten-Rates die Einladung zur Internationalen Sozialistischen-Konferenz in Stockholm überbracht. Zugleich hat Bjorgbjerg auf Grund seiner Unterredungen mit Scheidemann, Ebert und anderen deutschen Genossen in Kopenhagen dem durch die russische Revolution so einflussreich gewordenen Ausschuss der russischen Proletarier Mitteilung über die Friedensbedingungen machen können, welche die deutsche Sozialdemokratie zu vertreten bereit sein würde. Dieses Friedensangebot der deutschen Sozialisten an die Russen ist eine nähere Umschreibung der vom Parteiausschuss angenommenen Formel vom Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen.

Deutschland soll sich danach bereit erklären, Belgien, Serbien und Rumänien in ihrer Unabhängigkeit wieder herzustellen. Die von Bulgaren besetzten Gebiete des Balkans, insbesondere das bulgarische Mazedonien müssen freiwillig den Bulgaren verbleiben, dafür soll Serbien den lange vergeblich erstrebten Ausgang an das Adriatische Meer erhalten. Alle besetzten Gebiete im Osten und Westen werden geräumt. Polen entscheidet in voller Freiheit über seine künftige Staatsverfassung — es unterliegt sachlich keinem Zweifel, daß es sich weder an Deutschland, noch an Rußland anschließen, sondern wünschen wird, unabhängig zu bleiben. Etwasige lothringische Grenzberichtigungen — Elzäs-Lothringen bleibt selbstverständlich deutsch — wären im Wege freundlicher Verständigung und gegenseitigen Austausch vorzunehmen. Oesterreich-Ungarn und die Türkei haben bereits erklärt, daß sie Eroberungen nicht zu machen wünschen.

Diese Friedensvorschläge erschöpfen nicht alle durch den Krieg aufgeworfenen Fragen. Insbesondere das Verhältnis Deutschlands zu England bleibt dabei zunächst außer Betracht. Es muß England vorbehalten bleiben, seinerseits den Anfang einer Geneigtheit zur Verständigung zu zeigen; dann wird auch diese nicht schwer fallen. Die Freiheit der Meere ist durch das Unterseeboot tatsächlich erschoben; in alle Zukunft wird die englische Seesperre für einen Festlandseindringling weniger gefährlich sein, als die Unterseeblockade für die britischen Inseln werden kann. Die völkerrechtliche Anerkennung der Unverletzlichkeit von Schiff und Ladung auf See liegt demnach heute noch mehr im Interesse Englands, als sie bis zum Kriege für Deutschland notwendig war. Die deutschen Friedensvorschläge enthalten unter Wahrung der Unverletzlichkeit deutschen Gebiets durchweg nur Zugeständnisse Deutschlands an seine Kriegsgegner: wir geben alle die Gebiete wieder auf, welche wir nach der Kriegstarke hatten. Zum Ausgleich dafür müssen selbstverständlich die Gegner auch uns zurückgeben, was sie uns oder unseren Bundesgenossen weggenommen haben, und soweit die Wiederherstellung nicht möglich ist, uns für den Verlust voll entschädigen. Diese Einräumung wird naturgemäß England besonders schwer fallen, aber es wird sich damit abfinden müssen, wenn es zu einem Ausgleichsfrieden zugelassen werden will.

Wir erhoffen für den Friedensvorschlag der deutschen Sozialdemokratie bei der Mehrheit der russischen Genossen eine gute Aufnahme. Die große Mehrheit des Soldaten- und Arbeiter-Rates folgt bekanntlich der Richtung Scheidemanns, die etwa unserer deutschen Mehrheit entspricht; ihr Organ ist die „Rabotjtschaja Gazeta“, die gerade während des Besuchs von Bjorgbjerg in Petersburg folgende von uns bereits erwähnte, vorläufige Friedensvorschläge gemacht hat. 1. Waffenstillstand zu Lande, Fortführung der Kämpfe zur See. 2. Grundsätzlich Wiederherstellung der Grenzen wie vor dem Kriege (natürlich erst nach Friedensschluß). 3. Freie Entscheidung über gewisse Grenzgebiete durch unbeeinflusste Abstimmung ihrer Bewohner. Die Abstimmung regelt und überwacht auf Grund allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen die Friedenskonferenz. Das Abstimmungsergebnis ist endgültig. 4. Sämtliche am Krieg beteiligten Großstaaten bringen nach dem Verhältnis ihrer Kriegsausgaben einen Fonds von etwa 20 Milliarden Mark auf, der zur Wiederherstellung der vom Kriege verheerten Gebiete dient. — Diese Vorschläge stehen in keinem unvereinbaren oder unüberbrückbaren Gegensatz zu den Friedensvorschlägen der deutschen Sozialdemokratie.

Einigen sich die deutschen und die russischen Proletarier — die chauvinistische Richtung Plechanow und die revolutionäre Richtung Lenin kommen für die Verständigung praktisch so wenig in Betracht, wie etwa die Zustimmung der Gruppe der Links-Radikalen bei uns — dann tritt an die Regierungen die Frage reif zur Entscheidung heran. Wir brauchen heute nicht darüber zu philosophieren, ob die deutsche Regierung hinter den sozialdemokratischen Friedensvorschlägen stehen wird. Sie wird gewiß noch manches verlangen haben, das darin nicht enthalten ist; aber wir glauben fest, daß sie eine einmal erzielte Verständigung von der

Hand weisen und dadurch ihrerseits mutwillig den Krieg verlängern würde.

Die Friedensfrage ist jetzt auf den rechten Weg gekommen. Wir sehen das Ziel vor uns liegen, hell beschienen von der Sonne des Friedens. Auf der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den heldenreichen Heiden der Revolution ruht die Hoffnung der Welt. Wenn wir noch beten könnten, lägen wir auf den Knien, daß sie nicht zu Schanden werde!

Nach einer Stockholmer Meldung teilt der russische Arbeiter- und Soldatenrat mit: Das Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrats beschloß bei seiner Zusammenkunft am 9. Mai: 1. die Initiative zu ergreifen zur Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz, 2. zur Teilnahme an dieser Konferenz alle Parteien des internationalen Proletariats, soweit es auf gleichem Standpunkt wie der Arbeiterrat selbst stehe, einzuladen, 3. eine besondere Kommission von Vertretern des Exekutivkomitees und der sozialistischen Parteien zusammenzusetzen, um eine Konferenz zu organisieren und ihr Programm auszuarbeiten, 4. unmittelbar einen Aufruf an alle Völker und einen besonderen Aufruf an die alliierten Sozialisten zu richten, der sich auf den Frieden und die Einberufung einer Friedenskonferenz beziehen soll, 5. eine Abordnung des Exekutivkomitees nach den neutralen und alliierten Ländern zu entsenden, um ständig in Kontakt mit den Sozialisten zu stehen, ferner eine Abordnung nach Stockholm zu schicken, um die Konferenz vorzubereiten, 6. soll die Konferenz in einem neutralen Lande zusammentreten, 7. betrachtet es das Exekutivkomitee als notwendige Bedingung dafür, daß freie Ab- und Durchreise allen Parteien ohne Ausnahme bewilligt wird und richtet in diesem Sinne eindringliche Vorstellungen an alle Regierungen, indem es verlangt, daß die Mehrheitsgruppen öffentlich eindringliche Forderungen an ihre Regierungen wegen freier Durchsicht auch für die Abgeordneten der Minderheit stellen. Nach Eintreffen dieser Meldung versammelten sich die Delegierten der Stockholmer Sozialistenkonferenz, um hierzu Stellung zu nehmen.

Der dänische Abg. Bjorgbjerg, der seinen Besuch in Petersburg beendet hat, ist auf der Rückreise in Haparanda eingetroffen, von wo er über das Ergebnis seiner Reise dem Blatte „Sozialdemokraten“ folgendes Telegramm gelangt hat: „Ich kam in Petersburg am 27. April an. Ich wurde tags darauf vom Arbeiter- und Soldatenrat empfangen und willkommen geheißen. In den folgenden Tagen hatte ich ausführliche Besprechungen mit Tschelisev, Stobelew und anderen Parteigenossen über die internationale Lage. Am 1. Mai hatte ich eine lange Besprechung mit Kerenski. Nachdem die politische Krise vom 3. und 4. Mai überstanden war, kam meine Aufforderung an die Russen wegen der Beteiligung an der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz im Arbeiter- und Soldatenrat am 6. Mai zur Beratung; ich hatte vor meiner Abreise von Dänemark zu wissen bekommen, mit welchem Programm die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zur Konferenz kommen würden. Meine Mitteilungen über die Lage in Europa zerstörten viele Tendenznachrichten der bürgerlichen Presse. Der Rat sprach mir seinen Dank aus. Der ausführliche Bericht der Verhandlungen erscheint in der „Isvestia“. Das von Petersburg aus verbreitete Resümee ist nicht ganz korrekt. Am 8. Mai setzte der Rat die Verhandlungen fort. Er beschloß einstimmig, dem Gedanken einer Friedenskonferenz zuzustimmen. Um die Beteiligung aller Länder und aller Fraktionen der Arbeiterbewegung zu sichern, wird der Rat, der alle Fraktionen umfaßt, die Sache in die Hand nehmen und Einladungen aussenden. Man erwartet sicher, daß auch die Franzosen und Engländer teilnehmen werden. Der Rat schickte eine Abordnung nach Skandinavien, die alles Erforderliche regeln soll. Der Rat errichtete eine genjurfreie Telegraphen-Postverbindung mit dem neutralen Ausland, und ich habe einen wöchentlichen gegenseitigen Nachrichten-austausch verabredet. Man hofft, daß die Friedenskonferenz am 1. Juni stattfinden kann. Man erwartet, daß sie zu einem allgemeinen Frieden im Laufe des Sommers führen wird.“

Aus diesen Zeilen ist der Zweck des Vorgehens des Arbeiter- und Soldatenrats ersichtlich; seine Bemühungen zielen in dem Bestreben, auch die heute noch widerstrebenden Elemente der ausländischen Arbeiterbewegung zu einer Teilnahme an einer internationalen Konferenz zu veranlassen. Aus diesen Erwägungen heraus ist der Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats nur zu begrüßen.

Die Parteileitung der offiziellen italienischen Sozialisten hat nun beschlossen, an der Stockholmer Konferenz teilzunehmen.

## Die Schlacht im Westen.

In einem Ueberblick über die gegenwärtige Lage kommt unser Mitarbeiter Richard Gädle auch auf die große Verteidigungsschlacht im Westen zu sprechen und den Einfluß des U-Boot-Krieges auf den Landkrieg. Er schreibt darüber, nachdem er die verhältnismäßige Ruhe an den übrigen Fronten konstatiert hat:

Um so gewaltiger wütet nach wie vor die Riesenschlacht im Westen. Hier sind die stärksten Kräfte der drei streitbarsten Völker zusammengefaßt, um so oder so eine Entscheidung zu erreichen. Hier fließt auch das Blut wieder in Strömen, hier werden die wildsten und hartnäckigsten Kämpfe ausgetragen, hier verfliehet ein einziger Schladhtentag die Arbeit von Millionen fleißiger Hände in den heimatischen Werkstätten. Daß der Angriff der Engländer und Franzosen als ein Stoß in das Herz beabsichtigt war, unterliegt keinem Zweifel, wenn schon jetzt sie es leugnen möchten, wo ihre ersten Waffenstürme ihnen im wesentlichen mißlungen sind. Schon allein die gewaltigen Kräfte, die sie bisher in den Kampf gebracht haben, beweisen die Absicht: Man setzt nicht 1 Million Mann ein, um einige Dörfer zu erobern, schickt nicht 97 Divisionen in das verzehrende Feuer des Feindes, um ihn an einigen Stellen einige Kilometer zurückzudrängen. Wer das behauptet, macht sich lächerlich.

Die Engländer haben bis jetzt viermal (am 9., 23., 28. April und am 3. Mai), die Franzosen in der Champagne dreimal (17., 30. April, 1. Mai) und an der Wisne (16. April, 5. Mai) zweimal mit gewaltigen Waffen in langer Front gleichzeitig angegriffen, ohne die zahlreichen zum Teil von großen Kräften durchgeführten Zwischenangriffe zu rechnen. Solche Schlachten gehören zu den großen Entscheidungskämpfen der Weltgeschichte. Und an diesem Maß abgemessen, stellen sie sich als große Mißerfolge unserer Gegner heraus.

Ich vermeide es, Zahlen ihrer Verluste anzugeben, die gegenwärtig noch allzu wenig begründet wären; jedenfalls müssen sie nach den wiederholten Angaben unserer Heeresberichte, vor allen Dingen aber nach den Folgen, die sie in Frankreich gezeitigt haben, und endlich aus der Natur der Dinge heraus, außerordentlich schwer sein. Wenn französische Kritiker dafür Sühne an den Schicksaligen verlangen, so wäre es Narrheit, wenn man nicht den Säpfe der Verzweiflung hindurchschauen hörte. Die Schuld trägt der Angriff selbst; wer ihn will, muß die Folgen auf sich nehmen. Man stürmt nicht gegen starke Stellungen, die mit allen Mitteln der Kunst vervollkommnet waren, läuft nicht gegen tapfere Männer und viele Tausende von Verderben prüfende Feuererschünde an, ohne daß das eigene Herzblut in Strömen zur Erde fließt. Sie rechneten auf die vorbereitende Wirkung ihrer Geschütze; aber die mächtige Gegenentfaltung deutscher Batterien hielten deren Feuer nieder und brach die Sturmfront des französisch-englischen Fußvolkes.

Bemerkenswert an dem bisherigen Verlaufe der Schlacht sind immerhin zwei Erscheinungen. Noch hat, von weniger durch große Verluste hervorgerufenen Ausnahmefällen abgesehen, die Angriffsfreudigkeit des feindlichen Fußvolkes nicht merkbar nachgelassen. Seine Angriffe sind zum Teil mit bemerkenswertem Schmelz durchgeführt worden — um so höher strahlt die zähe Widerstandskraft unserer eigenen Truppen, die schließlich im Gegenstoß des Feindes Herr wurden. Aber man fragt sich, wie lange Franzosen und Engländer noch imstande sein werden, die großen Verluste durch neue Truppen zu ersetzen, und diese neu in den Tod zu schicken.

Ebenso sicher ist es, daß sich bisher bei dem Feinde noch kein Mangel an Schießbedarf gezeigt hat. Im Gegenteil ist nach unserem Heeresbericht der letzte französische Angriff an der Wisne durch ein Trommelfeuer eingeleitet worden, dessen Heftigkeit sogar in diesem Kriege unerhört war.

Das ist nun das Moment, wo unser U-Boot-Krieg einen unmittelbaren Einfluß auf den Landkrieg gewinnen soll. Die Versenkung der feindlichen Schiffe soll nicht nur die Not und den Hunger in die feindlichen Völker tragen, durch die sie uns niederzuerwerfen gedachten, sondern er soll ihnen den Schießbedarf aus den Vereinigten Staaten, das Erz zur Fertigung von Waffen und Geschossen, die Kohlen für die Werkstätten rauben und so ihre kriegerische Kraft lähmen.

Die Verteidigungsschlacht im Norden Frankreichs und unser U-Boot-Krieg bilden strategisch ein unlösbares Ganzes.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WRS. Berlin, 11. Mai, abends. (Amstsch.)  
In den Kampfzonen im Westen ist die Lage unverändert.

Wien, 10. Mai. (Amstsch.)  
Deutscher und Südsüdlicher Kriegsschauplatz.  
Nichts Wesentliches.

Italienischer Kriegsschauplatz.  
Im unteren Tizono beiderseits lebhafteste Fliegerätigkeit.

## Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 9. Mai, nachmittags. Im Laufe der Nacht versuchte der Feind erfolglos einige ziemlich schwache Infanterievorstöße an verschiedenen Punkten des Chemin des Dames zu machen. Alle diese Angriffe scheiterten in

...genen. Ein höchster Gegenangriff auf die Stellung, welche wir in der Umgegend von Chevreux eroberten, erlitt daselbst ein heftiges und vergebliches Versuchen, neue Fortschritte zu machen und einen beliebigen Stützpunkt wegzunehmen. Gegenangriffe und ein Gegenangriff auf die Stellung von Chevreux führten wir auf dem Nordabhang der Höhe von Baudere eine Einzelunternehmung aus, die es uns ermöglichte, unseren Gewinn zu vergrößern und Gefangene zu machen, welche zu einer neuen, erst unlängst auf diesem Teil der Front angelegten Division gehörten. Der Infanteriekampf blieb in allen diesen Abschnitten ziemlich lebhaft. Die Höhe 108 in der Richtung auf La Pompeille zu, im Norden von Bazouville und in der Gegend von Megeval Patronenherstellung und Sandgranatenkämpfe.

Abends: Nordöstlich von Chevreux und auf Chemin des Dames Artilleriekampf mit Unterbrechungen, außer im Abschnitt La Roche und nördlich von Chevreux, wo sich die Artillerie auf beiden Seiten sehr tätig zeigte. Wir führten Teilunternehmungen aus, die uns Vorteile einbrachten; besonders nördlich von Chevreux, wo wir eine Reihe feindlicher Gräben genommen und etwa 30 Gefangene machten. Im Abschnitt Chevreux versuchten die Deutschen von neuem, uns aus den Gräben zu werfen, die wir am 8. Mai erobert hatten. Ihre Angriffe wurden durch Sperr- und Maschinengewehrkugeln abgewehrt. Unsere Batterien nahmen feindliche Gruppen, die sich in dieser Gegend angesammelt hatten, unter Feuer und zerstörten sie. Nicht lebhaftes Geschützfeuer südlich von Megeval. Nordwestlich von Chevreux machten wir merkliche Fortschritte. Wir machten etwa 30 Gefangene. Sonst war der Tag überaus ruhig.

Englischer Heeresbericht vom 10. Mai. Die geistigen Kämpfe bei Bullecourt waren schwer und andauernd. Wir machten Fortschritte trotz wiederholter verlustreicher Verluste des Feindes, unserer Besitz seiner Stellungen zu erschüttern, von denen keiner Erfolg hatte. Während der Nacht schoben wir unsere Linie südlich von Arcourt und südlich von Chevreux vor, wobei wir die Kanonieren und Unternehmungsgräben des Feindes nahmen und eine Anzahl Gefangene einbrachten.

**Stoffe für die Zurückgabe Elsass-Lothringens.**  
Reuter meldet aus Neuyork: Sibiani und Stoffe beteiligten sich an einem Festessen, wobei Stoffe eine Rede hielt und sagte, daß ein Friede nicht möglich sei, bevor Elsass-Lothringen an Frankreich zurückgegeben würde. Amen!

### Rußland.

**Eine Entschüpfung des Duma-Ausschusses.**  
Auf Grund der Ereignisse vom 3. und 4. Mai nahm der Duma-Ausschuß eine Entschüpfung an, die dahin lautet, daß die Regierung die Verantwortlichkeit vor dem Volk nur unter der Bedingung auf sich nehmen könne, daß sie tatsächlich über die volle Macht verfüge. Die Entschüpfung der bewaffneten Macht um einen Druck auf die Regierung in dem einen oder anderen Sinne auszuüben, sei unbedingt unzulässig, weil dies den Anfang einer neuen Revolution bedeuten würde. Niemand dürfe über die bewaffnete Macht verfügen, ausgenommen die Regierung. Denn wenn auch die bewaffnete Macht in den Händen irgend einer Partei sich befände, würde diese unvermeidlich zur Anarchie führen, und die Ordnung, die zu verwenden, führt zur Verwirrung im inneren Leben des Landes und macht die Bürger unfähig zu jeder produktiven Arbeit.

**Ueber zunehmende Bauernunruhen.**  
Nach der „Adeligen Zeitung“ aus Stockholm melden, nach derselben sind im Gouvernement Länöborn Ritten- und Bauernunruhen geäußert worden. Die Bauern verhindern die Abholung der Wälder, die der Stadt Bergsund gehören, so daß die Versorgung mit Holzmaterial leidet. Es wird ein Erlaß des Ministerpräsidenten Hülfs Weg, der zugleich der Vorsitzende des Bauernauschusses des norwegischen Sommer-Verbandes ist, an die Gouvernements-Kommisäre vorbringt, der sich gegen die eigenmächtigen Unruhen der Bauerngesellschaften richtet, und worin es u. a. heißt, daß in den letzten Tagen bei der vorläufigen Regierung geschloßene dringliche Verhandlungen über Gewalttaten von Bauern gegen Gutsbesitzer eingeleitet seien. Dieser Erlaß mag den Kommissären zur Ansicht, gefällig auf die ihnen verfügbaren organisierten Kräfte, mit aller Strenge der Gesetzgebung Anwendung zu machen, mit ihrem eigenen Ermessen übersehen werden, gegen diese Gewalttaten und Hindernisse einzuschreiten.

**Gegen einen Sonderfrieden.**  
Aus Petersburg wird gemeldet: Die Duma hielt eine außerordentliche Sitzung zur Erinnerung an die Eröffnung der ersten Duma. Rodzinski fand lautes Beifall, als er den Gedanken eines Sonderfriedens zurückwies. Rodzinski sagte, die Treue seinen Verbündeten gegenüber bewahren.

**Spaltung in der russischen Sozialisten-Partei.**  
Innerhalb der russischen Sozialisten-Partei waltete sich nach einer Stockholmer Meldung die Umgruppierung. Die Anhänger von Lenin schlossen sich zu einer neuen Partei sozialistischer Genossen zusammen. Ingedem wurde die alte Partei in zwei Gruppen getrennt. Die eine Gruppe ist die sozialistische Zentrumspartei, die unter Lenin's Führung steht. Ein großer Teil der früheren Sozialisten gehört hierzu. Das Organ der Zentrumspartei ist die Zeitung „Kommunistische Arbeiter“. Die Partei hat große Aussichten, eine führende Rolle unter den russischen Sozialisten zu übernehmen.

**Die russischen Truppen in Frankreich.**  
Nachdem, wie gestern bereits gemeldet, in ihrer Forderung nach einer Kameraden in Russland angekommen. Der russische Sozialdemokrat meldet, daß eine Abordnung der Kommissäre der russischen Division in Frankreich an das Kriegsministerium in Petersburg telegraphisch und telephonisch Nachrichten über die russischen Truppen in Frankreich nach Russland gesendet hat. Die Kommissäre wollen nicht länger in Frankreich bleiben, sondern nach Hause zurückkehren. Sie fordern, daß ihnen die Möglichkeit wird, zur russischen Heimat zu kommen. Weiter fordern die Abordnung, die auch ein telephonisches Telegramm an den Arbeiter- und Soldatenrat geschickt hat, daß die neuen russischen Disziplinargesetze auch auf die russischen Truppen in Frankreich angewandt werden. Das Kriegsministerium zwischen Disziplin und Menschlichkeit läßt sich nicht in höchsten Grad zu wagen. Die russischen Kommissäre sind die russischen Offiziere in Frankreich nicht um die Befehle des russischen Kriegsministeriums. Sie erklären, daß sie, solange sie in Besatzung der französischen Armeekörper sind, der Disziplinordnung des französischen Heeres ausweichen können. Weiter wird in dem Telegramm gefordert, daß der Kriegsminister bei der französischen Regierung Einspruch gegen die Verwendung der russischen Truppen zu Offensivzwecken erheben solle. Die russischen Truppen sollen nicht mehr als Hilfstruppen verwendet werden, die teils freiwillig, teils gezwungen in den russischen Heer eintraten, in demselben Maße, wie die russischen Kriegsminister, als auch bei der französischen Regierung Forderungen gegen ihre weitere Fortsetzung in der französischen Armee erheben. Sie verlangen vorzugsweise aus dem Grund der französischen Armee entlassen zu werden, um die Möglichkeit zu erhalten, in Russland den Interessen des eigenen Vaterlandes zu dienen. Auch in der russischen Formations in Salskiki haben ähnliche Forderungen geäußert. Des Weiteren erklärt, daß die Arbeiter- und

Soldaten demnach mit dieser sehr interessanten Frage einander besprechen wird. Es sei zum mindesten fraglich, ob Frankreich und England den Rücktransport der Russen in Frankreich und in Salskiki gestatten werden.

### England.

**Warnungssignal aus Irland!**  
In South Longford in England wurde der Kandidat der Sinnfein-Partei Mc. Guinness mit 1498 Stimmen in das Unterhaus gewählt. Der offizielle Kandidat der Nationalisten Mc. Kenna blieb mit 1461 Stimmen in der Minderheit. Mc. Guinness hat an der irischen Resolution teilgenommen und befindet sich jetzt im Gefängnis.

### Italien.

**Eine Bauernbewegung.**  
In Sizilien und Kalabrien soll sich nach einer Genfer Meldung eine starke Bauernbewegung bemerkbar machen, die Frieden fordert, Neueinberufungen ablehnt und eine Verteilung der zum Teil brachliegenden Ländereien der Großgrundbesitzer verlangt.

### Der Seekrieg.

**Ein kleines Seegefecht.**  
Bei einem Vorstoß der deutschen Streitkräfte in die Hoofden wurden am 10. Mai 5 Uhr 40 Minuten vormittags östlich vom Nordhinder-Geirersee feindliche Streitkräfte gefolgt, die beim Näherkommen als drei englische kleine Kreuzer und drei Zerstörer erkannt wurden.  
Es entwickelte sich zunächst ein Seegefecht in Richtung auf die holländische Küste, das sich bis zur Thornton-Bank hinzog. Dort hielten die feindlichen Kreuzer zurück.  
Unsere Seeestreitkräfte ermäßigten daher ihre Fahrt, um den Feind auf nähere Schußweite heranzulassen.  
Im weiteren Verlauf des Gefechts entstand auf einem Zerstörer der feindlichen Seite infolge unserer Artillerie-Wirkung anscheinend eine Kesselexplosion. Der beschädigte Zerstörer fuhr mit flackernder Steuerbordschraube auf und lief kurz darauf, wie einwandfrei beobachtet werden konnte. Unsere Streitkräfte hielten nunmehr auf die feindlichen Zerstörer zu, die abbrechend mit höchster Fahrt Anschlag an ihre entfernenden Kreuzer suchten und schließlich das Feuer ein, als der Segler im Norden außer Sicht kam.  
Auf unserer Seite sind weder Beschädigungen noch Verluste eingetreten.  
Am 10. Mai fanden mehrere feindliche Fliegerangriffe auf Seebrücke statt. Im ganzen wurden 60 Bomben geworfen. Militärischer Schaden ist nirgends entstanden. Ein feindliches Flugzeug wurde durch unsere Abwehrgeschütze abgeschossen.  
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

**Der verheerteste U-Boot-Krieg.**  
Reuter, Berlin, 11. Mai. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean. 4 Dampfer und 3 Segler mit 21 000 Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befinden sich u. a. folgende: Der bewaffnete englische Dampfer „Hawmud“, 6011 Tonnen, Ladung Zucker. Ferner zwei große bewaffnete Dampfer und ein Dampfer, Ladung anscheinend Baumwolle, deren Name nicht festgestellt werden konnte. 3 Segler hatten Holz für England.  
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Reuter, Berlin, den 11. Mai. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge. 8 Dampfer, 4 Segler und 6 Fischerfahrzeuge mit 23 000 Brutto-Registertonnen. Davon wurden drei Dampfer und drei Segler im Englischen Kanal versenkt.  
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

**Deutsches U-Boot an der schottischen Küste.**  
Der Bremer Berichterstatter des „Handelsblatt“ meldet: Ein als Fischerfahrzeug verkleidetes deutsches U-Boot drang in der vorigen Woche in einen schottischen Hafen an der Ostküste ein, versenkte den norwegischen Dampfer „Gerda“ und beschädigte ein anderes Schiff.

**Spanische Fischerfahrzeuge als Deckung für französische U-Boote.**  
Reuter, Berlin, 11. Mai. (Amtlich.) Am 4. Mai sichtete eines unserer Unterboote im Sperrgebiet der Biscaya, etwa 25 Seemeilen nördlich von Genua, sechs auf nördlichem Kurs nebeneinander laufende Fischerfahrzeuge, von denen der aus dem östlichen Flügel laufende die spanische Flagge und Neutralitätsabzeichen trug. Der Kommandant des U-Bootes beschloß, die vermeintlichen spanischen Fahrzeuge zunächst anzuhalten, in der Annahme, daß sie infolge fehlerhafter Navigation unbewußt ins Sperrgebiet geraten waren. Auf den Signalfeldern des U-Bootes zum Stoppen drehte ein Teil der Fischerfahrzeuge auf das U-Boot zu, der andere Teil verfuhr zu entkommen. Von den ersten fünf Fahrzeugen zwei Fischerfahrzeuge weder Flagge noch Abzeichen und einer das spanische Neutralitätsabzeichen, aber keine Flaggen; der vierte eine nicht erkennbare Flagge. Das U-Boot verlegte dem Dampfer nacheinander den Weg und schoß alsdann einen Warnungsschuß ab. Unmittelbar darauf eröffneten drei von den Fischerfahrzeugen das Feuer auf das U-Boot. Im Verlauf des Gefechtes ergriffen die spanischen Fischerfahrzeuge die U-Boote durch Geschützfeuer vernichtet, drei weitere niedergekämpft und später mit Sprengpatronen versenkt. Hierbei wurden zwei französische 3,7-Zentimeter-Geschütze mit Munition erbeutet. Die übrigen Fischerfahrzeuge, die deutlich das spanische Abzeichen und Flaggen trugen und anscheinend spanischer Nationalität waren, entkamen. Der Bericht zeigt, daß die Franzosen zur Bekämpfung weiterer U-Boote nicht zurückweichen, spanische Fischerfahrzeuge auszuwerfen zu gefährden, indem sie sich ihnen anschließen, um sie als Deckung für ihre U-Boote zu benutzen.

**Allerlei Kriegsnachrichten.**  
Gegen die Einführung der Zwangsmaßnahme in Schweden  
Bemerkungen in Stockholm am 9. Mai mehrere tausend Personen.

**Austraiten gegen Japan.**  
In einem Aufruf an die australischen Soldaten erklärte Premierminister Hughes, daß er dafür einstehe, daß der Grundgedanke, wonach Australien der weißen Rasse angehört und der gelben Rasse die Niedertrassung unterliegt, aufrecht erhalten werde.  
Die Hilfe der Japaner nehmen sie gerne in Anspruch, aber von einer weiteren Berührung mit ihnen wollen sie nichts wissen.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

**Der Reichstag.**  
Hörte am Freitag zunächst die Beantwortung einiger Anfragen, darunter einer über den Ententeinbruch, daß in Deutschland aus den Leichen der Gefallenen kein Gewinn zu machen sei. Es hatte sich sogar der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes persönlich zur Widerlegung dieses absonderlichen Gedankens bemüht. Eine weitere Anfrage betraf die Papierknappheit der Zeitungen, wegen der sich schon die Berliner Verleger an den Reichskanzler gewendet hatten. Die Antwort der Regierung stimmte mit der bereits veröffentlichten Erwiderung des Reichskanzlers auf die Depesche der Zeitungsverleger überein: Die Papierknappheit der Zeitungen sei auf die Kohlenknappheit der Papierfabriken zurückzuführen, diese wiederum auf das Ausbleiben der böhmischen Kohlenzufuhren. Man sei daran, Abhilfe zu schaffen, erwarte aber auch eine weitere Papierersparnis der Zeitungen.

Die Fortsetzung der Debatte über die Volksernährung brachte zunächst einen bayerischen Regierungsvertreter zu Wort, der erklärte, daß die bayerischen Geschäftsleute sich durch die Zulassung eines Teils ihres Gewinns an Kriegsmohlsatzzwecke nicht straflos gemacht hätten; die Annahme dieser Spenden, die zunächst erfolgt war, gab der bayerische Regierungsvertreter ebenso preis, wie das schon im Landtage zu München geschehen war.

Der Reichstagspräsident Hoff vertrat darauf seine oftmals dargelegte Überzeugung, daß der Viehstand schon viel früher der vorhandenen Futtermittel hätte angepaßt werden müssen, weil sonst die Verfüterung von Brotgetreide unausweichlich sei. Der Nationalliberale Heck bestritt jedoch, daß das Getreidebedürfnis auf zu hohen Viehstand zurückzuführen sei; dieser sei zur Verhinderung der Vieherzeugung, man habe aber die vorjährige Ernte gewaltig überhäuft. Gleich anderen agrarischen Rednern hob auch Herr Heck kräftig die Schlamereien in der Brotkartenzuteilung und die verschiedenen Mogeleyen und Unterleihen, sowie die Ausbeutung ganzer Brotkartenzuteilungen hervor. Dr. Köstler, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, hielt dann wieder einmal seine oft gehörte Rede zum Preis der Agrarier, und der Marburger Schneidermeister Kupp, der für die Deutsche Fraktion sprach, ließ in das gleiche Horn. Als Redner ist übrigens Herr Kupp eine ziemlich einzigartige Erscheinung im Reichstage: in nimmer endender Fülle und ohne alle Pausen, in fast immer gleich lautem Tonor bräte er das Haus die längste Zeit an. Darnach verteidigte Ministerialdirektor Müller vom Reichsamt des Innern die Kriegsgesellschaften wieder einmal gegen den Vorwurf, daß sie in zu teuren Hotels untergebracht seien; diese Gesellschaften müßten ihren Sitz inmitten Berlins haben, und sie brauchen große, zusammenhängende, mit den notwendigen Telefon- und Beleuchtungseinrichtungen usw. versehene Räume und die Kosten, die dadurch entstehen, seien im Verhältnis zum Umsatz dieser Gesellschaften ganz unbedeutend.

Die Sitzung hatte bereits sechs Stunden gedauert, als der Abg. Wurm das Wort ergriff. Nicht mehr als Sprecher der „sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft“, sondern für die „Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten“, wie sie sich jetzt nennt. Er wies die rednerischen Ausschreitungen der agrarischen Vertreter zurück und nahm die Gemeinden gegen den Vorwurf in Schutz, als seien sie an dem Brotkartenschwandel schuld. Das sei eine Angelegenheit der Polizei, die ja in den Großstädten von den Gemeinden unabhängig ist. Er schloß mit einer sehr nachdrücklichen Forderung, das in der Verteilung der Nahrungsmittel bisher Versäumte nun aber gründlich nachzuholen und mit einer Polemik gegen Helfferichs Wort, daß der Frieden nicht auch Brot bedeute.

Nachdem der Pole Wöppel für die oberbayerischen Kleinbauern eingetreten war, wurde die Weiterberatung auf Sonabend vertagt. Außerdem stehen eine Anzahl kleinerer Vorlagen auf der Tagesordnung.

#### Vertagung des Reichstags.

Wie verlautet, wird der Reichstag am Mittwoch bis etwa zum 20. Juli vertagt. Bei seinem Wiederauftreten wird ihm eine neue Kriegskreditvorlage zugehen.  
Ob und wann der Reichskanzler die Kriegsziele-Interpellationen beantworten wird, steht noch nicht fest. In den Wandelgängen des Reichstags kursiert das Gerücht, daß der Kanzler erklären wird, es sei mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage nicht möglich, die Interpellationen zu beantworten. Für diesen Fall sollen die bürgerlichen Parteien die Absicht haben, die Ablegung der Interpellationen zu beantragen.

Im ähnlichen Sinne äußert sich auch die „Germania“, die erfahren haben will, daß bei den Besprechungen sowohl im Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten, wie im Bundesrat selbst einstimmig die Auffassung zum Ausdruck gebracht wurde, daß im gegenwärtigen Augenblick es den deutschen Interessen nicht dienlich sein würde, wenn im Reichstage eine Aussprache über die deutschen Kriegsziele stattfinden würde.

**Die Gefangenenbehandlung vor dem Reichstag.**  
Im Hauptauschuß des Reichstages wurde am Freitag von dem Regierungsvertreter ausführlich dargelegt, welche Repressalien durch die schlechte Behandlung deutscher Gefangener in Feindesland notwendig geworden sind. In der Regel hatten die Repressalien die gewünschte Wirkung, daß die feindlichen Maßnahmen rückgängig gemacht wurden. Die deutsche Marine hat über nennenswerte Beschwerden ihrer Gefangenen nicht berichtet. Die in Deutschland befindlichen Amerikaner sollen nicht interniert werden. — Die Redner der Parteien sprachen sich dafür aus, daß die in Deutschland befindlichen Gefangenen einwandfrei behandelt und daß etwaigen Ungehörigkeiten aufs schärfste entgegengetreten werde.

**Die Steuerzulage im Herrenhause.**  
Das preussische Herrenhaus versammelte sich am Donnerstag wieder einmal. Der vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetzentwurf über die Steuerfreiheit der Kriegsteilnehmer wurde in die öffentliche und kirchlichen Beamten und Arbeiter sollte nach dem Willen der Finanzkommission des Herrenhauses auf das Steuerjahr 1917 befristet werden.

den. Das Plenum des Hauses stellte aber vernünftigerweise die Fassung des Abgeordnetenhauses wieder her, nachdem u. a. der Finanzminister darauf hingewiesen hatte, daß, selbst wenn der Krieg zu Ende gehe, die Lenkung noch lange anhalten werde.

Das Wohnungsgesetz wurde einer Kommission überwiesen. Diese tritt erst am 18. zusammen, während die voraussichtliche nächste Sitzung des Herrenhauses, die zugleich die letzte vor der Vertagung sein soll, bereits am 19. stattfindet. Oberbürgermeister Bernuth-Berlin erklärte es für ausgeschlossen, daß das Herrenhaus ein so bedeutungsvolles Gesetz in so kurzer Zeit erledige. Die Regierung, die großen Wert auf die Verabschiedung des Wohnungsgesetzes legt, wird also entweder auf die Verabschiedung verzichteten oder die Vertagung des Landtages nicht unerheblich hinausschieben müssen.

### Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

#### Die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit in Lübeck.

Am 1. April d. J. ist das Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 6. Dezember 1916 in Kraft getreten, das die Rechtsprechung in Streitigen Verwaltungssachen auf eine völlig veränderte Grundlage stellt. Damit ist Lübeck als erste von den Hansestädten in die Reihe derjenigen Bundesstaaten eingetreten, welche eine geordnete Verwaltungsgerichtsbarkeit besitzen, — ein wichtiger Schritt, der an Bedeutung noch gewinnt, weil er während des Krieges getan wurde. Es ist unter diesen Umständen gewiß von Interesse, in der Öffentlichkeit auf die wichtigsten Neuerungen, die das Gesetz bringt, noch besonders in Kürze hinzuweisen.

Bisher lag die Entscheidung Streitiger Verwaltungssachen vorwiegend beim Senate, der die Rechtsprechung entweder selbst oder durch besondere Ausschüsse (Kommissionen) ausübte. Neben ihm waren in bestimmtem, gesetzlich begrenztem Umfange, namentlich auf dem Gebiete des Steuerrechts und des Enteignungsrechts, die öffentlichen Gerichte zur Rechtsprechung berufen. Das ist nun anders geworden, indem an die Stelle des Senats und seiner Ausschüsse das Verwaltungsgericht getreten ist. In ihm wirken bekanntlich neben einem rechtskundigen Senatsmitglied, das den Vorsitz führt, und zwei weiteren rechtskundigen Mitgliedern auch zwei bürgerliche Mitglieder mit. Die Rechtsprechung der öffentlichen Gerichte ist daneben in ihrem bisherigen Umfange beibehalten worden, mit der Maßgabe, daß das Betreten des eines Weges den anderen ausschließt. Das ist von Bedeutung insbesondere für den Instanzenzug: während nämlich das Verwaltungsgericht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zugleich die erste und letzte Instanz bildet, steht gegen die Entscheidungen der öffentlichen Gerichte der Rechtsmittelweg offen. Natürlich können sich aus dem Nebeneinanderbestehen und -wirken von Verwaltungs- und Zivilgerichten, rein theoretisch betrachtet, Inzuchtgefahren, namentlich auch in bezug auf die Einheitlichkeit der Rechtsprechung, ergeben. In der Praxis werden daraus indes voraussichtlich Schwierigkeiten von Belang wie bisher so auch künftig nicht erwachsen. Nebenfalls sind die Vorzüge der getroffenen Regelung höher anzuschätzen als die etwa zu beürachtenden Nachteile.

Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtes ist grundsätzlich in der Weise geregelt, daß es zu entscheiden hat in allen Fällen, in denen auf das öffentliche Recht gezielte Verfügungen von Verwaltungsbehörden wegen Verletzung von Rechten einzelner angefochten werden. Es muß also vorliegen 1. eine Verfügung einer Verwaltungsbehörde, die 2. auf das öffentliche Recht — im Gegensatz zum bürgerlichen Recht — gegründet ist und 3. die Rechte einzelner verletzt. Ob diese Voraussetzungen gegeben sind, wird sich aus anderer Gesetzgebung und der verhältnismäßig einfachen Organisation unserer Verwaltung in der Regel mit hinreichender Deutlichkeit erkennen lassen. Um indes Zweifel zu beheben und zugleich die praktische Handhabung zu erleichtern, zählt das Gesetz einerseits bestimmte Zuständigkeitsgebiete beispielsweise auf und schließt andererseits aus Zweckmäßigkeitsgründen gewisse Gebiete ausdrücklich von der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtes aus. So ist z. B. als zur Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtes gehörig besonders erwähnt das weite Gebiet der polizeilichen Verfügungen (mit geringen Ausnahmen), das des Steuerrechts und der Gewerbebesuchen; ausdrücklich ausgenommen sind z. B. die Disziplinarverfügungen, die Militär-Erlass-Angelegenheiten und die kirchlichen Angelegenheiten. Natürlich hat das Verwaltungsgericht keine Zuständigkeit von Amts wegen zu prüfen. In einzelnen Fällen können sich insbesondere Zweifel darüber ergeben, ob es sich um eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit handelt. Auch hier sind indes durch unsere Gesetzgebung und durch die Rechtsprechung bereits gewisse Grundfälle aufgestellt und Grenzlinien geschaffen worden, so daß Kompetenzkonflikte von erheblicher Bedeutung kaum zu befürchten sind. Zu beachten ist ferner, daß die Klage vor dem Verwaltungsgericht auf eine Rechtsverletzung gerichtet sein muß, d. h. darauf, daß der Kläger in seinen Rechten verletzt ist und daß entweder die angefochtene Verfügung auf Nichtanwendung oder unrichtiger Anwendung des bestehenden Rechts beruht oder daß die tatsächlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, unter denen die Verfügung getroffen werden durfte. Hiernach sind Zweckmäßigkeitsfragen in der Regel vom Verwaltungsgericht nicht zu entscheiden. Will jemand geltend machen, daß eine Behörde im einzelnen Falle von ihren Befugnissen einen zwar rechtmäßigen, aber unzumutbaren, unvernünftigen Gebrauch gemacht hat, handelt es sich nicht um eine sog. reine Verwaltungsbeschwerde, so ist nach wie vor der Senat tragt seines Oberaufsichtsrechtes über die Behörden zur Entscheidung zuständig.

Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht bewegt sich im Allgemeinen in den durch die Gesetzgebung anderer Bundesstaaten vorgezeichneten Bahnen. Die Erhebung der Klage erfolgt durch Einreichung eines Schriftsatzes. (Da die Bureauverhältnisse des Verwaltungsgerichtes von der Senatstanzlei wahrgenommen werden, so sind die Schriftsätze beim Rathaus einzureichen.) Die Klage muß einen bestimmten Antrag enthalten und die Person des Beklagten sowie den Gegenstand des Anspruchs genau bezeichnen. Die Tatsachen, auf die der Antrag sich gründet, sowie die Beweismittel sind anzugeben. Von allen Schriftstücken und deren Anlagen sind gleichzeitig Abschriften einzureichen. Im übrigen ist das Verfahren beherzigt vom dem Grundgedanken der sog. Offizialmaxime, d. h. der Prozessbetrieb ist nicht, wie im Zivilprozeß, Sache der Parteien, sondern des Gerichts, das von Amts wegen auf möglichst vollständige Aufklärung des Sachverhalts hinzuwirken, die Beweiserhebung danach einzurichten und auf Grund ihres Ergebnisses nach freier Überzeugung zu entscheiden hat. Besondere Beachtung verdient die Sondervorschrift des § 40 des Gesetzes, nach welcher die Erhebung der Klage in der Regel erst erfolgen kann, nachdem bei der Behörde erfolglos auf Abhilfe angetragen worden ist. Das Verlangen um Abhilfe ist binnen einer Ausschlußfrist vor einem Monate bestimmten Antrages und Angabe von Beweismitteln an die Behörde zu richten. Beharrt die Behörde alsdann bei ihrer Entscheidung, so sind die Gründe mitzuteilen. Gegen diese (endgültige) Entscheidung der Behörde ist alsdann die Klage vor dem Verwaltungsgericht binnen einer weiteren Frist von einem Monate zu erheben. Diese Vorschrift soll gleichsam die fehlende erste Instanz ersetzen, indem sie denjenigen, der sich durch die Verfügung der Behörde verletzt glaubt, in den Stand setzt, seine Auffassung gegenüber nochmals zur Geltung zu bringen und sich über die Gründe, die die Behörde bei ihrer abweichenden Stellungnahme geäußert haben, zu unterrichten. Es darf erwartet werden, daß auf diese Weise überreichte Klagen von dem Verwaltungsgericht werden eingehalten werden. Erwähnung verdient auch noch die Vorschrift, daß, während die Verhandlungen vor dem Verwaltungsgericht im allgemeinen öffentlich sind, in Streitigkeiten über Entziehung oder Erhaltung von Steuern und Abgaben auf Antrag einer Partei, deren Privatverhältnis oder Familienverhältnisse in der

## Der amtliche Kriegsbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 12. Mai. (Amtlich.)  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
Nach längster Artilleriebereicherung griffen die Engländer gestern abend beiderseits der Strassen Arras-Lens, Arras-Douai und Arras-Cambrai stellenweise mit dichtem Maschinengewehrfeuer ab. Die Engländer wurden durch unsere Sperrfeuer abgewiesen. Wo es ihnen gelang, in unsere Linien einzudringen, warf unser Gegenfeuer sie verlustreich zurück. Im Bahnhof Roetz wird noch gekämpft.

Seute morgen haben sich nach höchster Geweitzigerung zwischen Achenille und Queant an mehreren Stellen neue Kämpfe entwickelt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.  
Der Artilleriekampf wird an der Aisne und in der Champagne mit wechselnder Stärke fortgesetzt.  
Bei Cerny drängen wir die Franzosen im erbitterten Nahkampf an Bovelles-Rücken zurück und hielten unsere dadurch verbesserten Linien gegen einen feindlichen Angriff. Gefangene einer frisch eingeleiteten Division blieben dabei in unserer Hand. Angriffe auf die Höhen 91 und 108 östlich Cerny-au-Bac wurden in erbittertem Nahkampf verlustreich abgewiesen.

15 feindliche Flugzeuge sind gestern abgeschossen.  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Geringe Gefechtsstätigkeit.

Mazedonische Front.  
Im Cerabogon beiderseits von Gradescica und südlich von Suma sind erneute feindliche Angriffe ohne jeden Erfolg für den Gegner abgewiesen.  
Auf den Höhen von Dovanalje (östlich der Cerna) sind kleinere Kämpfe noch nicht abgeschlossen.  
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

lung ganz oder teilweise auszuschließen ist. Endlich ist noch darauf hinzuweisen, daß das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht nicht etwa kostenfrei ist; es wird vielmehr neben den Auslagen für Abschriften und den sonstigen Gebühren ein Pauschal erhoben, der mindestens 5 Mk. und höchstens 500 Mk. beträgt, und im einzelnen Falle vom Verwaltungsgericht in seiner Entscheidung festgesetzt wird.

Damit sind die hauptsächlichsten Grundfragen angeführt, auf denen die Neuordnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Lübeck beruht. Es bleibt jetzt nur zu wünschen, daß eine gesunde Rechtsprechung die neugeschaffene Ordnung mit rechtem Leben erfüllen möge. Dann wird das neue Verwaltungsgericht sich als eine Einrichtung erweisen, die für unsere Verwaltung nicht nur, sondern auch und gerade für den einzelnen Bürger von erheblichem Nutzen ist.

Immer finstlicher werden die Neuzerungen der Heimeroberer aller Länder über die sozialdemokratischen Bestrebungen auf Herbeiführung eines baldigen Verständigungsfriedens. In Frankreich, England und ebenso in Deutschland scheitern die Chauvinisten die Sozialdemokraten „Landesverräter usw.“, da ihr glühendes Bestreben auf die schnellste Beendigung des Mordens ohne eine Vergeltung anderer Völker gerichtet ist. Das heilige Antsblatt druckt heute einen Artikel aus der „Nationalliberalen Korrespondenz“ ab, in der von „Diktator Scheidemann“ gefaselt wird, weil der „Vorwärts“ sich mit Recht entschieden gegen Hohn, Droh- und zu frühe Triumphreden gewandt hat, die das angeblich Friedenswerk nur fördern können. Man kann den Schmerz der Unionisten allerdings verstehen, denn solche Hohn-, Droh- und Triumphreden sind ihre einzige Stärke. Mit ihnen aber hat das deutsche Volk in dieser Beziehung nichts gemein, auch wenn die Herrschaften immer den Anschein zu erwecken bestrebt sind, als wären sie die Träger der Meinung des Volkes. Das waren sie im Frieden nie und sind es im Kriege noch viel weniger. Die Wutausbrüche dieser Leute, die gern von der „einheitlichen Kriegsmündigkeit“ in anderen Ländern berichten, beweisen eben, daß die sozialdemokratischen Friedensversuche nicht ganz aussichtslos sind. Und das ist die Hauptsache!

Doch die Alldeutschen getern nicht nur im Zeichen des Burgfriedens lustig über die Sozialdemokratie, sondern sie fahren auch jetzt mit Gebichten auf. Neben der Schönheit dieser poetischen Ergüsse pflegt eine gewisse Presse aber auch die Vornehmheit der Genüßung im Vers. In der „Kreuzzeitung“ steht ein Gedicht von Max Beyer-Laubegast: „Die Gefangenen an Scheidemann!“, in dem wieder gefordert wird, daß Friede erst sein dürfe, wenn wir die „Türen des Gefängnisses“ gestürmt haben. Dieser Gedanke schwingt sich in den Schlussversen also zu der hohen Schönheit auf:  
„Hunderttausend weinen,  
Tausend stöhnen hin,  
Wer je nicht den Schweinen  
Unser Deutschland hin!“

Im Deutschen sagt man allerdings nicht „werfe“, sondern „wirf“, aber trotzdem empfehlen wir dieses Kraftwort dem „Volksausschuß zur raschen Niederringung Englands“ zum Motto. Wenn freilich Max Beyer dichtet: „Deutschland in jedem Triebe auf der Welt bedroht, Deutschland braucht Männerliebe, Wie das liebe Brot!“, so müßte er sich schon nicht an Philipp Scheidemann, sondern an Philo Culenburg wenden.

In der Unabhängigen nationalen Korrespondenz des Herrn Friz Stephan Neumann dichtet ein Irgendwer die deutschen Sozialdemokraten an als „die Schurken des erbärmlichsten Verrates, die je die Ehre unseres Volkes zertrüßten für Wahngebilde eines Zukunftsstaates.“ Somit werden in dem Gedicht die Sozialdemokraten als „Lügner und Laffen“, „blasse Schreiberheulen“ und schließlich als der „Feind im Innern“ bezeichnet. Einige ungeordnete Leitartikel der Unabhängigen nationalen Korrespondenz, die in ähnlicher burgfriedlichen Tönen von der Sozialdemokratie sprechen, sollen nach ihrer Anzeige als Flugblätter in Massen verbreitet werden. Herr Dr. Friz Stephan Neumann war früher Reichsverbändler. Er hat im Kriege nicht umgelernt.

Schwere Unfälle im Lübecker Hafen. Beim Stockholmer Dampfer „Gotha“ erlitt der Hafenarbeiter Johannes Klempau, Glockengießerstraße 681 wohnhaft, einen tödlichen Unfall. Es wurden vom Land eierne Winkel (Langeisen) an Deck des Schiffes genommen. Die Winkel waren mit zwei Ketten angeschlagen. Da die Winkel nach hinten an Deck gebracht werden mußten, konnte dieses nur mit einer Kette geschehen; die andere Kette mußte abgenommen werden. Die Winkel hielten diese Kette los; dadurch bekam die Kette einen Schwung und traf der Hafen von der Kette den Arbeiter Klempau ins Auge und drang ins Gehirn. Klempau fiel sofort bewußungslos an Deck und wurde dann forttransportiert. Nachdem er für eine kurze Zeit die Bewußung wiedererlangt hatte, ist er seiner schweren Verletzung erlegen. Beim Segler „Anna“ wurde der Bormann Andersen schwer verletzt und befindet sich in ärztlicher Behandlung. — Beide Unfälle hätten vielleicht vermieden werden können, wenn die Arbeiter

Kontrollen seitens der Hafeninspektion vorgenommen wären. In dem Jahresbericht der Hafeninspektion ist bereits darauf hingewiesen worden, daß infolge Überbelegung mit Arbeit diese Kontrollen aufgehoben sind. Sie sind aber unbedingt für das Leben und die Gesundheit der Hafenarbeiter notwendig und deshalb ist es tatsächlich nicht zu verstehen, daß seitens der nachgehenden Behörden nichts unternommen wird, um Anstalten für den Hafeninspektor zu schaffen, damit die Kontrollen leichter ausgeübt werden können. Im Interesse der Hafenarbeiter möchten wir noch einmal an dieser Stelle an die Behörden appellieren, hier Remedien zu schaffen.

Die Einberufung zum wasserländischen Hilfsdienst. Im Publikum herrschen noch vielfach Unklarheiten über die Art der Einberufung der Hilfsdienstpflichtigen. Der Einberufungsausschuß schickt an die Hilfsdienstpflichtigen zunächst ein Formular, in dem sie auf Grund von § 7 des Hilfsdienstgesetzes aufgefordert werden, sich binnen zwei Wochen Beschäftigung im wasserländischen Hilfsdienst zu suchen. In diesem Aufforderungsschreiben wird ihnen eine Stelle namhaft gemacht, wo sie Gelegenheit zur Beschäftigung haben: z. B. Gelegenheit zur Beschäftigung als Krankenwärter ist gegeben im Reserve-Lazarett 1. Sehr häufig sind die Hilfsdienstpflichtigen der Ansicht, daß sie bei der ihnen im Schreiben genannten Arbeitsstelle auch eintreten müssen. Das ist nicht der Fall. Sie können vielmehr bei jedem kriegswichtigen Betrieb sich innerhalb der zweiwöchigen Frist Arbeit suchen. In welchem kriegswichtigen Betrieb Stellen frei sind, erfahren die Hilfsdienstpflichtigen auf ihre Anfrage im öffentlichen Arbeitsnachweis Lübeck, Parade 1. Erst wenn sie innerhalb der zweiwöchigen Frist keine hilfsdienstpflichtige Stellung angenommen haben, ergeht von dem Einberufungsausschuß eine zweite Aufforderung, in der sie einer bestimmten Arbeitsstelle überwiesen werden, die sie die Übernahme einer Beschäftigung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes bisher nicht nachgewiesen haben. Wer dieser, auf Grund von § 7, Abs. 3 des Hilfsdienstgesetzes angeordneten Überweisung nicht nachkommt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen oder mit Haft bestraft.

60 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine gelangen in der kommenden Woche pro Person zur Abgabe.

Zufachfleischkarten. Amtlich wird uns geschrieben: Es werden immer noch Klagen darüber laut, daß einzelne Schlächter Fleisch oder Fleischwaren auf Zufachfleischkarten nur dann abgeben wollen, wenn gleichzeitig auf die Reichsfleischkarten Waren entnommen werden. Dies ist unzulässig. Es steht jedem frei, ob er Fleisch auf die Zufachfleischkarten oder auf die Reichsfleischkarten allein oder auf beide zusammen nehmen will. Es ist aber verboten, Karten, die unbenutzt bleiben, anderen zur Benutzung zu überlassen.

Landauenthalt für Stadtkinder. Auf seinen ersten Aufruf sind dem Jugendamt zum Zwecke der Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande in dankenswerter Weise von zahlreichen Seiten Spenden zugeflossen, die laut Mitteilung im Anzeigenteil bereits eine Höhe von rund Mk. 1500.— erreicht haben. Zumücheln ist bereits die Unterbringung von rund 200 Kindern im Fürstentum Lübeck unter der Leitung von Frau Martha Köhling erfolgt; die Unterbringung weiterer 200 Kinder im Lübeckischen Landgebiet steht bevor. Die Durchführung des ganzen Unternehmens wird bei der verhältnismäßig großen Kinderzahl erhebliche Kosten verursachen. Das Jugendamt eilt sich der Hoffnung hin, daß sich noch weitere Wohltäter finden werden, die bereit sind, für diese gute Sache einen Beitrag zu leisten. Es gilt der Jugend zu helfen! Das ist insbesondere in der gegenwärtigen Zeit eine besonders ernste und dringende Pflicht. Wächten recht viele sich dieser Pflicht erinnern und für den nützlichen Zweck ihrer Scherleihen beistimmen! Beiträge nehmen sämtliche Banken unter der Bezeichnung „Landauenthalt für Stadtkinder“ entgegen.

Ein Vokal- und Instrumental-Konzert, dessen Ertrag dem „Roten Kreuz“ zugeführt werden soll, veranstaltet der Verein Arbeiter-Sängerbunde angehörende Chöreverein Lübeck am morgigen Sonntag, nachmittags 4 Uhr beginnend, in der Brauerei „Wassmühle“. Das Programm ist sehr reichhaltig. Es bringt neben einer ganzen Anzahl von der Schutzmanns-Lippe unter Leitung des Herrn Wachtmeisters Gebert gespielten beliebten und volkstümlichen Musikstücke Chöre von Mosart, Schubert, Pfeil, Abt und anderen. Sowohl der Frauen- wie der Männerchor sind an der Wiedergabe beteiligt, und es ist sicher, daß ihr Dirigent Otto Lehle sie zu den besten Leistungen anspornt. Demnach verspricht das Konzert einige schöne und genussreiche Stunden. Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf nur 20 Hg., an der Kasse 30 Hg. Zahlreicher Besuch ist wohl zu erwarten, zumal ja der überflüssig zu einem guten Zwecke verwendet werden soll.

Janja-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Sonntag, ist der Beginn der Sommeroperetten-Spielzeit. Abends 8 Uhr: die Neuheit „Es zogen drei Burichen“ mit Gesang und Tanz von Herrn Stein und Adolf Steinmann. Musik von Herrn Stein. Nachmittags 3 1/2 Uhr: zum letzten Male „Hörreusen und sein Hinderburg“. Ab Dienstag wieder „Es zogen drei Burichen“. Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt. Montag 8 1/2 Uhr findet für die Gewerkschaften eine Sondervorstellung „Hörreusen und sein Hinderburg“ statt. Billets sind in den bekannten Vorverkaufsstellen zu entnehmen.

Der Hausfrauenverein macht bekannt, daß Mitgliedskarten für das Geschäftsjahr 1917/18 in der Verkaufsstelle des Hausfrauenvereins, Hülfshausen 31, ausgegeben werden. Seit dem 1. Mai haben die früheren Karten ihre Gültigkeit verloren.

Reusdorf i. S. Die schwarzen Borden sind in der Provinzial-Irreranstalt in Reusdorf i. S. ausgebrochen. Zur „Blauen Haufe“ dazwischen sind bis jetzt 14 Fälle aufgetreten, wovon 2 tödlich verlaufen. Alle Vorsichtsmaßregeln sind sofort seitens der Polizeibehörde getroffen worden.

Reudoburg. Moorbrand. Seit einigen Tagen wütet auf dem hinter Otkronfeld gelegenen, zur Stadt Reudoburg gehörenden „Wilden Moor“ ein Moorbrand. Da er mitten auf dem Moor wegen der Kultivierung des Moores errichteter größerer Schuppen mit zahlreichen Arbeitsgerät in Gefahr geriet, vom Feuer ergriff zu werden, mußte Donnerstagabend gegen 9 Uhr die Feuerwehr zur Hilfe abrücken. Auf mehreren von der Train-Erzieh-Abt. zur Verfügung gestellten Wagen eilte sie, mit Schaufeln bedarmet, zur Brandstelle. Nach angestrengter Arbeit gelang es, das Feuer zu löschen. Gegen 12 Uhr konnte die Feuerwehr, unter Zurücklassung einer Brandwache, wieder abrücken.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Mai. Ueber den Termin der Stockholmer Sozialistenkonferenz sind noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen. Das voraussichtlich vor dem 10. Juni keine allgemeine Konferenz stattfinden wird, stand fest, seitdem die holländischen und skandinavischen Bureaumitgliedern, welche die Konferenz vorbereiten, sich darüber geeinigt hatten, die Beschlüsse des französischen Nationalrates abzuwarten, der auf den 27. und 28. Mai nach Paris einberufen ist. Das scheint auch eine Verschiebung der geplanten Vorbereitungen mit den Vertretern der sozialistischen Parteien der einzelnen Länder zur Folge zu haben. Nach einem Telegramm, das Genosse Hunsman dem Parteivorstande der deutschen Sozialdemokratie am 11. Mai gesandt hat, werden die Separatbesprechungen mit den Delegierten der deutschen Sozialdemokratie nicht vor Anfang Juni stattfinden. Ein genaues Datum soll noch mitgeteilt werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Druck: Friedr. Meyer & Co.



Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Mai 1917.

106. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.  
Am Bundesstatistik: Helfferich, Zimmermann,  
v. Batocki.

Anfragen.

Abg. Heckscher (Sp.): Im englischen Unterhaus hat ein Mitglied des Kabinetts Lord Cecil die Nachricht, die deutsche Regierung ziehe Fett aus Soldatenleichen, als nicht ungläubig hingestellt. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um dieser erbärmlichsten aller englischen Verleumdungen wirksam entgegenzutreten?

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann: Die fragliche Behauptung ist zuerst in der französischen Presse aufgetaucht. Es gibt in Deutschland eine Radaverwertungsanstalt, bei der es sich selbstverständlich um die Verwertung von toten Tieren handelt. Wir haben die von der uns feindlich gerichteten Presse wider besseres Wissen zur Zerschlagung der unrichtigen Behauptung in der Presse aufgeführt und richtiggestellt. In neutralen Ländern wird, soweit die verheimlichte Absicht greifbar zutage liegt, ein strafrechtliches Verfahren herbeigeführt. Eine Reihe von Zeitungen, auch im feindlichen Ausland, haben die Unrichtigkeit der Behauptung zugegeben. Am 10. unehört ist es, daß kürzlich im englischen Unterhaus der Vertreter der britischen Regierung, Lord Cecil, die Nachricht als immerhin nicht ungläubig hingestellt hat. (Hört, hört! und Gut-Rufe.) Daß Lord Cecil die Behauptung geglaubt hat, scheint vollständig ausgeschlossen. Seine Erklärung bezweckt offenbar, Abscheu und Empörung der gesamten Menschheit gegen uns anzufachen. Vielleicht spielte dabei auch die politische Berechnung mit, namentlich die Wölfe des Orients, insbesondere Indien, durch Verleugung ihrer religiösen Empfindungen gegen Deutschland aufzubringen. Das Verhalten des englischen Regierungsvorgsetzten, der vor ruhig überlegter Lüge und vor bewußter Ehrabschneiderei nicht zurückschreckt, richtet sich von selbst. (Leb. Beifall.)

Abg. Fehr. v. Richtigshofen (natl.) fragt an, ob es zutreffend ist, daß die englischen Behörden in den besetzten Teilen Ostafrikas die Annahme der deutschen Silberreue verweigern.  
Ein Regierungsvertreter erklärt, daß derartige Meldungen bisher nicht vorliegen. Allerdings werden die während des Krieges ausgegebenen Zahlungsmittel von den englischen Behörden und öffentlichen Kassen nicht angenommen. Die Regierung ist unabsichtlich bemüht, das Los der dadurch in eine Notlage gekommenen Deutschen zu bessern und wird diese Bemühungen fortsetzen. (Beifall.)

Abg. Malckewitz (kon.) fragt was der Reichskanzler zu tun zedenkt, um in Zukunft eine bessere Belieferung der deutschen Zeitungen mit Papier in die Wege zu leiten.  
Direktor im Reichsamt des Innern Müller: Der Mangel an Zeitungspapier ist auf Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung zurückzuführen. Die Reichsleitung wird sich im Einvernehmen mit der Herrensverwaltung wie bisher auch weiter bemühen, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Im Hinblick auf die Gesamtlage darf aber erwartet werden, daß die großen Bestände Zeitungspapier Verbrauch im allgemeinen Interesse vorübergehend über das gesetzliche Maß hinaus einschränken.

Abg. Kunert (Soz. Arb.) fragt an wegen Einstellung belgischer und luxemburgischer Staatsangehöriger ins deutsche Heer.  
Oberst Marquardt: Bezüglich der in der Anfrage genannten Personen wird eine Nachprüfung erfolgen; etwa zu Unrecht ins Heer eingestufte Personen werden ungehört entlassen werden.

Die Ernährungsfragen.

Bayerischer Ministerialdirektor Dr. Huber: Bezüglich der bayrischen Maßschiebungen hat der Abg. Schmidt es gestern hingestellt, als ob die Schuldigen sich von der Strafe losgelassen hätten. Das trifft nicht zu. Sie haben zwar für gemeinnützige Zwecke größere Summen zur Verfügung gestellt, sind aber nicht im Zweifel gelassen worden, daß selbst die Herausgabe ihres gesamten Geldgewinnes sie nicht vor einer strafrechtlichen Verfolgung beschützen könne.

Abg. Hoff (Sp.): Ohne das System der öffentlichen Bewirtschaftung kommen wir nicht aus, aber wir sehnen den Tag herbei, wo wir wieder den freien Verkehr haben werden. Schwere Fehler sind gemacht worden, unsere Viehhaltung ist unwirtschaftlich festgelegt worden, dadurch unsere Volksernährung erschwert. (Sehr richtig! links.) Schuld an den Fehlern ist die Ueberwälzung der Wirkungen der Schutzpolitik; man hat nicht zugeben wollen, wie abhängig wir vom Auslande waren. Aber trotz aller Mängel kann Deutschland nicht ausgehungert werden, wenn eine richtige Verteilung der Nahrung zwischen Mensch und Tier erfolgt.

Durch eine falsche Preispolitik wurden die unheilsamen Wirkungen der Fehler noch gesteigert. Man setzte mäßige Höchstpreise für Brotgetreide fest, ließ aber die Viehpreise ungemessen steigen, so daß das Getreide durch Verfütterung besser verwertet wurde. (Sehr richtig! links.) Verjagt hat nicht der einzelne Landwirt, wohl aber die Führung der Landwirtschaft, die in den Händen der Junker und Großgutsbesitzer liegt. Auch die Nichtberücksichtigung des Wildes in angemessener Weise zur Volksernährung ist ein dunkles Zeichen der Junkerherrschaft bei uns. (Sehr richtig! links.) Alle Bemühungen des Reichstages und des Reichsrates, das Viehwesen zu heilen, haben nicht vermocht, einen genügenden Abschluß des Wildes zu erreichen, um die Gassen zu säubern und die Fleischmengen zu vermehren. Wir werden den Wirtschaftskrieg verlieren, wenn wir der Ueberzahl der Tiere nicht ein Ende machen, und werden ihn unbedingt gewinnen, wenn wir den Viehbestand angemessen vermindern. Die Weitergewährung der erhöhten Fleischration ist daher eine Voraussetzung unseres Durchhaltens, unseres Sieges. (Beifall bei der Volksz.)

Abg. Hübner (Natl.): Die vielfachen Angriffe auf die Landbevölkerung sind zu bedauern, mehr als je ist uns im Kriege Einigkeit Not. Die Herren Schmidt und Hoff haben sich je bemüht, sachlich zu sein, aber ihre Schlussfolgerungen kann ich nicht teilen. In die großen Ernährungsschwierigkeiten sind wir hineingekommen durch das Defizit unserer Getreideernte gegenüber den Schätzungen. Nun soll die Verfütterung von Getreide an diesen Defizit allein schuld sein. Davon kann gar keine Rede sein. Man darf nicht vergessen, daß 3. B. 5 Millionen Brotkarten mehr ausgegeben worden sind, als die Volkszählung Köpfe ergeben hat. Wären wir nicht mit einer so guten Viehhaltung in den Krieg hineingegangen, so hätten unsere Väter einen viel geringeren Ertrag ergeben. Durch allerlei gute Ratsschlüsse wird die Produktion nicht gefördert werden, der gesunde Sinn unserer Bauern trifft schon das Richtige. Bei dem Mangel an Arbeitskräften ist es mir unverständlich, daß man gefangene französische Unteroffiziere von dem Zwang zur Arbeit erlöst. Auch sollte man die griechischen Soldaten, die sich nach Tätigkeit sehnen, auf dem Lande beschäftigen. Die Dienstmädchen in der Stadt sollen in größerer Zahl aufs Land zurückkehren, drei und vier Dienstmädchen braucht keine städtische Haushaltung, sie kann sich mit ein bis zwei Dienstmädchen begnügen. Der in den städtischen Abfällen vorhandene Strohstoff könnte ebenfalls durch gute Organisation dem Lande als Düngemittel nutzbar gemacht werden. Die Landwirte werden ihr Bestes hingeben, damit wir, wenn auch mit knappen Vorräten durchhalten und schließlich zu dem Frieden kommen, den wir haben müssen. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Kossick (kon.) betont gegenüber einer Bemerkung des Abg. Schmidt, daß die präkologische Landwirtschaft an Kartoffeln, Fleisch usw. alles an die Städte abgeliefert habe, wozu sie verpflichtet war. Das werde der Abg. Hoffmann-Kaiserslautern bestreiten können. Mit den Landwirten springt man heute in einer Weise um, wie man es den Arbeitern gegenüber niemals wagen würde. (Abg. Fegter [Volksp.]: Heureka! — Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Fegter zur Ordnung.) Ich warne davon, die Entlohnung des Landes so fortzusetzen, kommt es doch vor, daß die städtische Bevölkerung aufs Land geht und dem Landwirt raubt, was ihm gehört. Wer trägt die Schuld an den Verhältnissen? Man hat der Presse die Freiheit gegeben, den Anmut des Volkes jetzt auf die Landwirtschaft zu entladen. Von der Landwirtschaft verlangt man andererseits, sie solle schweigen und schaffern; das ist schlimmer als Sklaverei. Daß die Landwirte Getreide in großen Mengen verfrachtet hätten, ist nicht erwiesen. Aber die vierte Brotkartenfabrik ist jetzt fertiggestellt. (Sehr wahr! rechts.) Für die Arbeiter hat man im Hilfsdienstgesetz geradezu eine Bräunie ausgegossen, um die Produktion zu steigern, durch die Bestimmung, daß sie ihre Stellung aufgeben können, wenn sie eine mit besserem Lohn finden. Den Landwirten aber hat man die Preise festgelegt. (Sehr wahr! rechts. — Zuruf links: Aber sehr hoch!) Wenn man dem Landwirt alles sehr zulegt und mit allem bricht, woran der Mann seit Jahrzehnten gewöhnt ist, so bricht er zusammen und wird zur passiven Resistenz gezwungen. Deshalb sollte man sich die Hülfe des Bauern besser ansehen und ihm mehr Bewegungsfreiheit lassen. (Bravo! rechts.) Der neue Wirtschaftsplan ruft auf einer Eingabe von Professoren. Was diese empfehlen, wird als höchste Weisheit gepriesen, auch wenn man das selbe, wenn es vorher die Landwirtschaft forderte, aufschärfte vorurteilt hat, wie z. B. die Erhöhung der Zuckerrübenpreise. Man verlangt, der Viehstand müsse ein richtiges Verhältnis haben zu den vorhandenen Futtermitteln. Gewiß, aber das muß der einzelne Landwirt allein beurteilen können, wieweil Vieh er durchbringen kann; das darf nicht zentral zwangsweise vorgegeben werden. (Sehr wahr! rechts.) Die Herabsetzung der Viehpreise wird sich rächen in dem Mangel an Fett. Wir wünschen, daß alles geschieht, um es der Landwirtschaft zu ermöglichen, freudig und willig ihre Pflicht zu tun. (Bravo! rechts.)

Abg. Rupp (Deutsche Frakt.) äußert sich in gleichem Sinne und protestiert insbesondere gegen die Wirtschaft der Kriegsgesellschaften und gegen das Mieten von teuren Hotels durch diese.

Ministerialdirektor Müller verteidigt die Kriegsgesellschaften. Die Bevorzugung von Hotels zu Büroanwehnen der Kriegsgesellschaften hänge mit ihrer reichlichen Ausstattung mit Telephonen usw. zusammen.

Abg. Wurm (Soz. Arb.): Die Vorredner haben bewiesen wollen, daß die Landwirtschaft an unserer Ernährungskrisis schuldlos ist. Aber offenkundig läßt sich zeigen, daß bei allen Maßnahmen im Jagdaktus unserer Ernährungspolitik maßgebend waren agrarische Interessen. Der Grundfehler war, daß man nur die Verteilung regeln wollte, nicht aber die Produktion. Aber ohne Regelung der Produktion ist die der Verteilung unmöglich. Dem Bauern ist unser Begriff des Vaterlandes fremd, sein Vaterland ist keine Ackerhölle, er ist im Grunde vaterlandlos. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Leberer hat gestern direkt mit dem Stiefel der Bauern gedroht, wenn man Leistungen von ihnen im Allgemeininteresse verlangt. Nun könnte die öffentliche Gewalt ja dagegen einschreiten! aber das kann sie nicht, weil der gegenwärtige Staat sich ja auf diese Schichten stützt. Daher hat die öffentliche Bewirtschaftung immer erst begonnen, wenn es gar nicht anders ging, d. h. wenn nichts mehr zu bewirtschaften da war. Die Kriegsgesellschaften haben die Waren nicht vom Markte zurückgezogen, sie sind vielmehr immer erst gegründet worden, wenn keine Ware mehr am Markte waren. Herrn v. Batocki hat man als Lebensmittelkäufer begrüßt; ach nein, das ist er nicht, Diktator ist vielmehr das kapitalistische Profitinteresse. Ich sagte zu Herrn v. Batocki schon einmal: „Entweder die Interessen der agrarischen Nachbarn oder die der Allgemeinheit“, gegen Macht hilft eben nur Macht. Aber wer keine Macht hat, wer nur Dekretation ist, kann natürlich nichts durchsetzen. (Sehr richtig! bei den Soz. Arb.) Trotz der hohen Löhle hat die deutsche Landwirtschaft unter Volk auch im Frieden nie ernähren können. Wirksame Hilfe könnte nur der von uns verlangte Anbauzwang und die Organisation der Produktion bringen. Aber das erklärt man für undurchführbar; das heißt doch nichts anderes, als daß die Selbstsucht der Landwirte größer ist als ihr Gemeininteresse. (Sehr wahr! bei den Soz. Arb.) Wohin aber die Selbstherrlichkeit der Gutsbesitzer führt, das kann man an dem Verhältnis auf dem Gute des Feldmarschalls Grafen Faejeler sehen, die jüngst vom dem Grafen Schönherm dargelegt und durch die Presse so allgemein bekannt geworden sind. (Sehr richtig! bei den Soz. Arb.) Auch in der Nichtberücksichtigung der Brothöchstpreise im Frühjahr dieses Jahres ist die Regierung einem agrarischen Gebot gefolgt. An dem Brotkartenzwang sind nicht die Gemeinden schuld, sie haben ja nicht die Polizei. Die Schuld trifft die Kriminalpolizei. Im übrigen war der Handel mit Brotkarten ganz offen und die für solche Brotkarten bezahlten Preise waren ein gutes Barometer für die Not des Volkes. Die Gemeinden haben nichts weiter als die Verteilung der Nahrungsmittel unter sich, darauf, was sie zur Verteilung bekommen, sind sie ganz machtlos. (Zuruf bei den Soz.: Leider!) Jetzt, wo die Not so weit ist, daß den Herren vor den Folgen kommt, kommt man endlich zu dem radikalsten Eingriff bei den Landwirten, den wir längst gefordert haben. Es wäre interessant, wenn uns bald ein amtlicher Bericht darüber gegeben würde, was bei diesen militärischen Requisitionen herausgekommen ist. Auch das Material des Staatskommissars Dr. Mühlhoffs über die Verfrachtung von Brotgetreide wird hoffentlich mit der Zeit der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Landwirtschaft wird freieren, wenn sie nicht die Preise bekommt, die sie verlangt. Der Kartoffelpreis soll auf 3 Mk. erhöht werden, dann werden keine Kartoffeln mehr verfrachtet werden, meinte Herr von Kardorff im Abgeordnetenhause. Also nur wenn ihnen die gewünschten Preise gezahlt werden, sind die Herren gültig bereit, die Verordnungen der Regierung einzuhalten. Das Schwein hat in diesem Winter Kartoffeln und der Mensch das Schweinefleisch, die Kohlrübe erhalten. Das war der Wille der Agrarier! Auch bei dem Zuckerrübenanbau haben die Landwirte ausdrücklich erklärt, freieren zu wollen, wenn die Preise nicht erhöht werden. Da hat kein General von Hundsforten gesprochen, sondern der preussische Landwirtschaftsminister hat die Erhöhung der Zuckerrübenpreise zugelassen und der Bundesrat ist dem agrarischen Gebot gefolgt. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Der Bundesrat handle nur aus eigener Ueberzeugung.) Also der Bundesrat hat sich die Ansicht der Agrarier zu eigen gemacht und aus eigener Ueberzeugung so beschlossen. (Weiterkeit.) Auch bei dem neuen Wirtschaftsplan ist man wieder den Wünschen der Agrarier nachgekommen. Jetzt endlich kommt man dazu, die Viehbestände soweit abzuschneiden, wie es unsere Futtermittel erlauben. Die geringe Verbilligung des Fleisches durch Zuschüsse von Reich und Gemeinden ist doch nur Vorhölle auf die künftige

Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

11. Fortsetzung.

Wenn es aber ein Mädchen ist, Onkel? sagte Eduard, indem er ihm das Kind abnahm und es in seinen eigenen Arm legte. Um so besser, mein Sohn, rief der alte Mann hinter ihm her, da wird's eine gehorsame Frau werden, die alles gern tut, was ihr Mann von ihr verlangt.

Gegen diesen Ausspruch des Onkels Tobias erhob sich ein lebhafter Widerspruch, und Eduard hörte noch an der Tür Annas spottendes Gelächter und ihre scharfe Stimme, die dem Mutter antwortete: Es kommt darauf an, wer von uns Gehorsam verlangt und unser Herr sein will. Schwache Frauen gehören aus Furcht, andere nur aus Ehrfurcht.

Aus Liebe, Almosen, aus Liebe! krächte Onkel Tobias. Man kann nicht lieben ohne zu achten und zu ehren, antwortete sie.

Weiter hörte Eduard nicht, denn er folgte seiner Schwägerin in das Kinderzimmer am Ende des Ganges und half ihr dort die Kleinen beruhigen, die schmeichelnd hatten, daß die Mutter bei ihnen bleiben möge. Mit Anteil hörte er zu, welche süßen Worte und Beschreibungen diese anwandte, um das Begehren abzuschlagen, und welche immer neue Tröstungen sie bereit hatte, wenn ihre Mähen nichts fruchteten. Die kleine Lampe zitterte auf dem Tische hinter einem dackenden Schirm hervor und warf einen einzigen helleren Strahl auf das sanfte, freundliche Gesicht der jungen Mutter, die, über die Bettchen ihrer Kinder hingebeugt, ihnen viele süße Geschichten und mancherlei Herrlichkeiten zulangte, wenn sie nur heute artig sein wollten. Endlich wurde der Vertag auch abgeschlossen und mit zärtlichen Küßen besiegelt. Die kleinen Arme umschlangen den Hals der gütigen Fee, die zum Abschiede noch so viele kostliche Dinge versprach, während ihre liebevollen Augen noch viel mehr hinzuschlugen.

Was es liebliche, gute Kinder sind, sagte Eduard, als sie sich aufrichtete, und welche gute Mutter sie haben. Sie wandte sich zu ihm hin und nickte ihm zu. Eine schwache Mutter, flüsterte sie, aber wer weiß denn, wie lange es mit verbleibt ist, sie zu lieben.

Er sah in ihr blaues Gesicht, das still auf die Kinder niederlagte, und er ergriff vor dem Gedanken, der ihn überkam. Liebe, Mathilde, sagte er, verbanne Sie so trübe Vorstellungen. Diese kleinen Kinder werden Ihnen noch viele Freude — vielen Ertrag — bringen. Sie werden ein großes Glück! antwortete sie tiefatmend.

„Ich wollte“ rief er lauter — aber er vollendete den Satz nicht. Er nahm ihre Hand und küßte sie.

„Wenn er dort tat, sagte sie: Jetzt müssen wir fort, aber kommen Sie doch recht oft, wir haben ja noch so viel zu sehen.“ Und er aber darauf antworten konnte, wurde die Tür geöffnet, und Anna trat herein, ebenso schnell aber wieder zurück. Es war eine Heberausung, bei der Eduard die Hand seiner Schwägerin fassen ließ. Komm doch herein, Anna, sagte er, nach der Tür schreiend.

„Ich danke, sagte sie, ohne sich aufzuhalten, ich will die vertrauliche Unterhaltung nicht haben.“

Nun, so folge ich dir, sagte er, seinen Verdruß verbergend, denn unsere Zukunftsplanung hat ihr Ende erreicht.

Damit war er neben ihr und begleitete sie zu der Familie gerückt, wo Onkel Tobias mit seinem Neffen zwar nicht mehr über gehorsame Frauen und Liebesregeln stritt, aber nicht weniger alle Sätze gegen sich hatte, denn er behauptete, daß all die fremden Vereine, die jetzt wie Pilze aus der Erde wüchsen, alle die gesellschaftliche Modifikantheit seien als alle Kräfte der Welt und alle ständige Leistungslosigkeit und Bequämlingsucht. Verteidigen wolle er keines von beiden, wenn's übertrieben würde, aber immer sei es noch besser, als übertriebene Frömmigkeit, die an aller Erst einen Knick nähme und die ganze Welt zum Hause voll erstarrender Säulen machte, welche durch Heulen und Jähnelapen sich zu Tode jammeten.

Der Pfarrer und seine mit seiner lächelnden Würde alle Angriffe, und die Frauen auf dem Sofa kamen mit leidenschaftlichen Wörtern ihm zur Hilfe. Vor der Frau Schwägerin in der hohen Haube hatte Onkel Tobias Respekt; denn er hatte sie einen guten Teil seines Lebens über kennen gelernt und seine Verachtung vor ihrer Unfähigkeit in vielerlei Oehensorgen und Schicksalen war viel zu sehr gemindert, um nicht auch jetzt sich vor ihrem Spott zu hüten. Er zuckelte sich aber, indem er „ihrem Soane“ gehörige Hiebe versetzte und die Frau Bürgermeisterin ohne Gnade behandelte. Aber dem listigen Onkel wurde so leicht nichts über genommen, er mochte hören, was er wollte. Er gehörte zu den glücklichen Menschen, die für keinen etwas Böses ausrufen, auch wenn sie die schrecklichsten Grundzüge predigen. In seinen freundlichen Augen mischte sich so viel Schalkheit mit so viel Gutwilligkeit, daß der Getroffene immer zweifelhaft war, wie es eigentlich gemeint sei, und selbst wenn er auffahren wollte, konnte er es nicht, denn ein Blick auf das harmlose Gesicht reichte hin, um sofort wieder zu versöhnen und was das Ohr auch gehört, für Emsen und Gauen zu erklären. Niemand konnte sich herlicher über seine Absichte, als er selbst, und nichts konnte ihn mehr ergötzen, als wenn er tüchtig dafür gescholten wurde. Mochten aber auch seine Anmerkungen bewirken, daß alle über ihn herfielen, er ließ es sich ruhig kummern, und wenn er seine Pfeife verschoben hatte, schick er

von selbst Frieden und war mit jedem Feind und Gegner bald wieder in besten Vernehmen.

„So, rief der süßig Onkel Tobias, wie machen es denn diese frommen Leute gewöhnlich, wenn sie ihre Wohlthaten spenden? Sagen sie etwa, kommt her zu uns, ihr Wohlthäter und Wohlthäter, wir wollen euch erquicken.“ Prof! Wahrheit! schrie er, auf die süßene Dose schlagend, das Leben ist bleiben. Die sind nicht bekehren lassen und nicht demüthigen die Augen verdrehen wollen, bekommen nichts. Armut und Anglist sind Nebenachen. Bekehrt sollst ihr werden, oder ihr kommt weiter hungern und frieren, soviel ihr Lust habt.

Aber Onkel Tobias, sagte der Prediger mit würdigem Nachsehen, du kannst doch nicht wollen, daß wir die unterbesten Sittenlosigkeit durch Wohlthaten bestärkt und zu Hoch und Spott ansporbert?

„Wer sagt dir denn, daß sie unverbesserlich ist, mein Sohn? sagte Onkel Tobias trögig. Es gilt bei den frommen Leuten mancher für unverbesserlich leichtsinnig und moralisch verdorben, der das Herz auf der richtigenen Stelle hat, als viele, die über ihn den Stab brechen.“

Er schielte dabei nach Eduard hin, der wie in tiefem Nachdenken in die lange kohlende Schnuppe eines Stiches sah. Mit all den frommen Vereinen und milden Gaben, die das arme Volk zum Leben bringen soll, laßt ihr zuletzt doch nicht den Hund aus dem Badesen, schrie der alte Mann.

Aber, Herr Bruder, sagte die alte Frau, indem sie die Haube schüttelte. Bitte über diesen abentheuerlichen Vergleich! rief die Frau Bürgermeisterin.

Meiner Seele! sagte Onkel Tobias, indem er eine ungeheure Priße nahm, so ist es gerade. Wie einem hungrigen Hunde hält man dem Ständer einen fetten Brocken unter die Nase und streicht ihm die mageren Rippen. Das bekommt er, aber erst lang ein bißchen.

Die alte Frau wusch den Kopf in den Naden und hörte auf zu striden. Dieser Herr Tobias ist der ärgste Spötter, den es geben kann! schrie ihr die Frau Bürgermeisterin ins Ohr. Natürlich tanzten sie alle, so lange sie gefüttert werden, fuhr der listige Onkel Tobias fort, doch wenn's nichts mehr gibt, hören sie eben so lächelnd wieder auf. Das ist die richtige Weise, Hunger und Taugenacht zu ziehen. Aber sind denn die frommen Leute etwa Tugendverfänger?

Bei dieser verhängnisvollen Frage zog Onkel Tobias seine breiten, schneeweißen Augenbrauen mondformig in die Höhe, fast bis auf die Mitte der Stirn, und während seine großen schwarzen Auges jähelichter als bisher umherblitzten, schlug er mit aller Kraft auf die silberne Dose und hielt sie dem Pfarrer hin. (Fortsetzung folgt.)

Die Fortschrittler haben noch folgenden Antrag eingebracht: den Reichsanwalt zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg unverzüglich eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wird.

Abg. P. Schuler verlanste, diesen Antrag sofort zu verhandeln, weil hier ein politischer Notfall vorliege. — Von anderer Seite wurde dagegen gefordert, alle Anträge, die sich auf das Wahlrecht in den Einzelstaaten beziehen, im Zusammenhang zu behandeln.

In der gestrigen Sitzung wurde entsprechend einem Antrage des Vorsitzenden Schiedemann beschloffen, mit Rücksicht auf die Plenarsitzungen des Reichstages nicht mehr mit der Beratung einer neuen Materie zu beginnen, sondern die Verhandlungen zu vertagen. Auf Antrage hatte vorher Ministerialdirektor Lemack erklärt, daß eine Stellungnahme der Regierung zu den hier beschloffenen schwerwiegenden Fragen erst nach einer Beschlußfassung des Reichstages erfolge. Die Prüfung der Fragen würde auch eine längere Zeit in Anspruch nehmen, ausgenommen vielleicht die zweifelhafte Leistung der Riesenmahlstühle.

Die Fortschrittler haben noch folgenden Antrag eingebracht: den Reichsanwalt zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg unverzüglich eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wird.

Abg. P. Schuler verlanste, diesen Antrag sofort zu verhandeln, weil hier ein politischer Notfall vorliege. — Von anderer Seite wurde dagegen gefordert, alle Anträge, die sich auf das Wahlrecht in den Einzelstaaten beziehen, im Zusammenhang zu behandeln.

In der gestrigen Sitzung wurde entsprechend einem Antrage des Vorsitzenden Schiedemann beschloffen, mit Rücksicht auf die Plenarsitzungen des Reichstages nicht mehr mit der Beratung einer neuen Materie zu beginnen, sondern die Verhandlungen zu vertagen. Auf Antrage hatte vorher Ministerialdirektor Lemack erklärt, daß eine Stellungnahme der Regierung zu den hier beschloffenen schwerwiegenden Fragen erst nach einer Beschlußfassung des Reichstages erfolge. Die Prüfung der Fragen würde auch eine längere Zeit in Anspruch nehmen, ausgenommen vielleicht die zweifelhafte Leistung der Riesenmahlstühle.

Die Fortschrittler haben noch folgenden Antrag eingebracht: den Reichsanwalt zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg unverzüglich eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wird.

Abg. P. Schuler verlanste, diesen Antrag sofort zu verhandeln, weil hier ein politischer Notfall vorliege. — Von anderer Seite wurde dagegen gefordert, alle Anträge, die sich auf das Wahlrecht in den Einzelstaaten beziehen, im Zusammenhang zu behandeln.

In der gestrigen Sitzung wurde entsprechend einem Antrage des Vorsitzenden Schiedemann beschloffen, mit Rücksicht auf die Plenarsitzungen des Reichstages nicht mehr mit der Beratung einer neuen Materie zu beginnen, sondern die Verhandlungen zu vertagen. Auf Antrage hatte vorher Ministerialdirektor Lemack erklärt, daß eine Stellungnahme der Regierung zu den hier beschloffenen schwerwiegenden Fragen erst nach einer Beschlußfassung des Reichstages erfolge. Die Prüfung der Fragen würde auch eine längere Zeit in Anspruch nehmen, ausgenommen vielleicht die zweifelhafte Leistung der Riesenmahlstühle.

### Politische Rundschau.

Deutschland.

#### Zwangsarbeit in der Landwirtschaft.

Die Abgg. Dr. Trendel (Zentr.) und Gehard (Konf.) haben im Reichstag eine recht merkwürdige Anfrage eingebracht. Sie stellen zunächst fest, daß es der Landwirtschaft an Arbeitskräften fehlt und richten dann an den Reichsanwalt die Frage, was er zur Abhilfe dieses Mangels an Arbeitskräften auf dem Lande zu tun gedenke. Diesen Fragen fügen sie noch folgende hinzu: In der Reichsanwalt insbesondere bereit, dahin zu wirken, daß alle jene männlichen und weiblichen landgeborenen Personen der Landwirtschaft während des Krieges zurückgegeben werden, die in den letzten fünf Jahren, das ist seit 1. Januar 1912, ihren früheren Beruf in der Landwirtschaft aufgegeben und in den Städten als Arbeiter in Fabriken oder als Kaufher, Ausgeher, Hausdiener oder im Familiendienst tätig sind und mindestens bis zum 14. Lebensjahre in der Landwirtschaft mitgearbeitet haben?

Hier wird also nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß alle jene Leute, die aus irgendwelchen Gründen in den letzten fünf Jahren das platte Land verlassen haben, zwangsweise der Landwirtschaft wieder zugeführt werden. Die Fragesteller begnügen sich mit einer schriftlichen Antwort, auf die man immerhin einigermaßen gespannt sein darf.

#### Graf Haejlers Paradies.

Ueber die Zustände, die auf dem Gute des Generalfeldmarschalls Grafen Haejler, Harnetap bei Wriezen, herrschen, berichtet Alexis von Schönermark, ein Kesse des Grafen, in seinem Buch „Fünfzig Jahre meines Lebens“ recht märchenhafte Dinge.

Auf dem Gute darf kein Vieh geschlachtet, kein Wild geschossen, kein Fisch gefangen werden. Alles führt an Altersschwäche. Kaufangebote für Vieh, Pachtangebote für die Fischweiden Seen werden ohne weiteres zurückgewiesen. Ein Pächter, der dreihundert Hammel des Alters wegen verkaufen wollte, wurde entlassen. Seitdem sterben die Hammel weiter an Altersschwäche. Im Jahre 1914 wurden 400 Zentner Obst geerntet, davon wurde im Frühjahr ein großer Teil verfaulend auf den Mist geworfen. Niemand hatte die Vollmacht, das Obst zu verkaufen.

Die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“, die die Angaben des Buches übernimmt, meint, daß diese aus einer selbstamen Viehhäberei des Besitzers entstandenen märchenhaften Zustände auch jetzt noch, im dritten Kriegsjahre, weiter bestünden. Sollte das wirklich möglich sein, da doch über die Regelung der Volksernährung allgemeine Grundsätze aufgestellt sind, von denen niemand ausgenommen ist, und die

### Die Wahlrechtsfrage im Verfassungsausschuß.

Bei Beginn der Sitzung am Donnerstag begründete Abg. Müller-Meinigen folgenden Kompromißantrag des Zentrums, der Fortschrittler und der Nationalliberalen:

„Der Reichsanwalt zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß bis zu einer allgemeinen neuen Festlegung des Verhältnisses der Wahlrecht zu der Zahl der Abgeordneten die Wahlkreise mit beschränktem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine entsprechende Vermehrung der Mandate — unter Einführung der Verhältniswahl für diese — erhalten.“

Der Kompromiß wurde nach längerer Debatte die Anträge der Sozialdemokratie zugrunde gelegt. Ziffer 1: Allgemeine Einführung der Verhältniswahl wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialisten. Ziffer 2: Das Wahlrecht an die Vollendung des 16. Lebensjahres zu knüpfen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmverhältnis wurde das Frauenwahlrecht abgelehnt. Schließlich auch mit 16 gegen 14 Stimmen die Abschaffung des Wahltages als gesetzlicher Feiertag.

Damit wurde auch die von der Sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge erledigt. Der Kompromißantrag wurde dann mit 16 gegen 14 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Konfessionen, die 2 Vertreter der Deutschen Fraktion, 1 Mitglied des Zentrums und die Abgg. Lebehour und Stadthagen. Die Abgg. Landsberg und Hofmann (Reichsleuten) enthielten sich der Stimme.

### Magermilchverteilung am 13. Mai

(mit Vorbehalt der Verkaufsfähigkeit).  
In den meisten Läden ist auch ein Teil Buttermilch: diese wird auf Wunsch an Stelle der Magermilch ausgetauscht, soweit der Vorrat reicht.  
Ausgabe der Magermilch (Buttermilch) an die Nummern 1 bis 150 der Ausweiskarte.

### Magermilchverteilung am 14. Mai

an diesem Tage voranschicklich und unter Verschluß (soweit vertauschbar) an alle Nummern über 150 der Ausweiskarte.

### Quartverteilung am 14. Mai.

Quart (Schokolade) zum Frühstück in allen Läden des Holsten-Quartiers, soweit der Vorrat reicht. Ausgabe an alle magermilchberechtigten Haushaltungen lt. Ausweiskarte I Seite 25 ff.

Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.

Herrschaftlich. Mobilien, Realitäten, u. s. w. in ca. 1000 Stücken. Schließung der Geschäfte. Verkauf von Mobilien (siehe Seite 25) Wahrenstraße 23. Schiedler vertritt. (740)

### Lebende Kaninchen.

Einige 100 Stück sind ab Sonntag früh 7 Uhr  
Krepeldorfer Allee 51, Kleintierzuchtanstalt,  
zu verkaufen. Es sind gesunde Zuchtkaninchen, darunter blaue Wiener, französische u. belgische Riesen, deutsche Riesenschecken usw. 757

### Ausgabe neuer Mitglieds-karten d. Hausfrauenvereins

für die Zeit vom 1. Mai 1917 bis 1. Mai 1918 in der Verkaufsstelle des Vereins, Finkenbäumen 31. (762)

### Ausgekämmtes Frauenhaar

Isant (765)  
Lissauer, Kl. Schragen 8.

### Berein der Bestattungs-Übernehmer zu Lübeck.

Die dem Verein angeschlossenen Mitglieder empfehlen sich zur  
Übernahme von Erd- und Feuerbestattungen sowie  
Überführungen von und nach auswärts.  
G. Behnek, Warendorferstr. 4, Fernr. 2186.  
A. Brodersen, Megdienstr. 7, Fernr. 1090.  
W. Festerling, Hansastr. 57, Fernr. 1508.  
H. Grimm, Wiededstr. 49, Fernr. 1424.  
Gebr. Müter, Mühlenstr. 13, Fernr. 427.  
C. Thiessen & Sohn, Wahnstr. 79, Fernruf 1143.  
C. Weiss, Schwartauer Allee 193, Fernr. 967.  
F. Barby, Südr. 117, Fernr. 816.

### Eckgarderobe

zu verkaufen. (756)  
Hartengrube 52/9.

### Hansa-Brauerei A.G.

Lübeck.  
Triakt  
Lübecker  
Vereins-  
Bräu  
Brewery-Plan  
Hauptstadt Lübeck  
Jahres 1917/18

### Schneiderei Wei

wirdes überall bevorzugt.  
Fleisch- und Wurstwaren  
Julius Schöber  
Heinrich Kronsbein

### Praktischer Wegweiser

empfehlensw. Geschäfte  
Heinrich Waller  
Zeilstr. 60  
Hannen Wäsche  
Krawatten, Unterzeuge  
Hüte, Schirme etc.  
August Scheere  
Carl Rohde  
Schlesische Badzettel  
Feltz-Garderol  
Auguste Popp

### Cigarrenhandlung

Adolf Rührich  
Holstenstr. 2  
Ecke Schüsselbud.  
Wilhelm Rahfont  
Unterrave 113  
vorteilhafte Bezugsquelle von  
diversen Weinen u. Spirituosen  
Emil Aland  
Guter Aufschnitt u. Wurst  
Ratzeburger  
Aktien-  
Brauerei

### Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu

Aktienbrauerei Lübeck  
Erlin  
MehlsMühle, Mühlenfabrikate  
C. Ahrens, Bäckermeister.  
L. Schaap  
Manufakturwaren u. Reales  
Arbeitsgarderobe  
Nähmaschinen